

Seit Jahren wird seitens Politik immer wieder erwähnt: „Die Jugend sei unsere Zukunft.“

Das klingt erstmal ganz vernünftig, jedoch sieht die Lebenssituation der meisten Jugendlichen eher verheerend aus.

Zum Teil schlechte Bildung in seit Jahren unterfinanzierten Schulen, gefolgt von sinnlosen berufsvorbereitenden Maßnahmen, Billig-Jobs oder Hartz 4, da das Geld für Arbeits- und Ausbildungsplätze fehlt.

Selbst mit Abitur haben es viele nicht leichter, da ihnen dank der Ungerechtigkeit von Studiengebühren die Teilnahme am Studium verwehrt wird.

Um zu erkennen was nun die Situation der Jugendlichen mit der gesellschaftlichen Militarisierung verbindet, muss man sich die Frage stellen, wem die Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen eigentlich nützt.

Dabei wird schnell deutlich, dass vor allem die Bundeswehr darüber bestens Bescheid weiß und dies auch ausnutzt.

So bemüht sie sich doch schon seit Jahren junge Leute für ihre militärischen Profitinteressen zu ködern und präsentiert sich bei jeder Gelegenheit, egal ob an Schulen, Messen oder Arbeitsagenturen als normaler Arbeitgeber.

Doch wie normal ist ein Arbeitgeber, der trotz Ausbildungsplatzmangel und Massenerwerbslosigkeit jährlich mehrere Millionen Euro ausgeben muss, um seine Arbeits- und Ausbildungsplätze anzupreisen, während viele Privatunternehmen sich vor Bewerbungen kaum retten können und dass, ohne einen Cent dafür auszugeben.

Wie normal ist ein Arbeitgeber, der seine Beschäftigten für mehrere Jahre verpflichtet, andere Länder wie Afghanistan zu besetzen, andere Menschen auf Befehl zu töten und das eigene Leben aufs Spiel zu setzen?

Und wie normal ist ein Arbeitgeber, der öffentliche Gelder für Eurofighter, Kriegsschiffe und anderes Material zum Töten verschwendet – Gelder, die für neue Lehrkräfte, Arbeits- und Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst fehlen.

Das Dass, so passiert, wissen wir seit Jahren.

Und diese Lage hat sich auch nicht gebessert, zumindest nicht für UNS, für die die als Kanonenfutter für die Profitinteressen der Herrschenden draufgehen.

KOOPERATIONSVEREINBARUNGEN

Seit dem Jahr 2010 haben bisher die Bildungsministerien in NRW, im Saarland, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr geschlossen.

Diese sollen doch tatsächlich den Einsatz der Bundeswehr und ihrer Jugendoffiziere in den Schulen verbessern und sogar in die Referendarausbildung und die Lehrerfortbildung einbinden.

Somit liegt die Verantwortlichkeit für die politische Bildung nicht mehr einzig und allein in der Hand derer die dafür vorgesehen sind, nämlich der Bildungsministerien, die eh schon damit überfordert

sind, sondern plötzlich ebenso in der Hand des Verteidigungsministeriums.

Angesichts der heutigen Situation sind Jugendliche, sind Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten, Azubis und arbeitslose Jugendliche, noch weiter bedroht von der Militarisierung im Inneren

Denn: Die Kooperationsvereinbarungen geben BW und Jugendoffizieren nur die Möglichkeit noch häufiger und leichter junge Leute wie uns von der Notwendigkeit der Bundeswehr und der Teilnahme an internationalen Kriegseinsätzen zu überzeugen, während jede Spur von Objektivität dabei – gezielt- missachtet wird.

Der Bundeswehr, egal in welchem Land sie gerade agiert, geht es nie um Menschenrechte. Sondern um die Sicherung von Macht- und Wirtschaftsinteressen, was sie bereits 2006 in ihrem Weißbuch geschrieben hat.

Und wer schon ein Mal, das Vergnügen hatte, von der Bundeswehr angequatscht zu werden, egal ob in der Schule oder an der Jobmesse, weiß wie Sie versucht einen zu manipulieren und wichtige Aspekte verschweigt.

So zum Beispiel, dass seit 2002 mehr als 10.000 Soldaten verletzt wurden – 80 davon Tödlich.

Weitere 1.360 kehrten zwischen 2006 und 2010 mit psychischen Störungen aus dem Auslandseinsatz zurück – die Hälfte davon schwer traumatisiert.

Dies zeigt, warum die Bundeswehr ihre Ausbildung als „todsicheren Job“ anpreisen kann.

Das einzig Positive was die Bundeswehr an Schulen betrifft, ist dass sich ständig politisch engagierte SchülerInnen den Jugendoffizieren in den Weg stellen und ihre Auftritte lautstark behindern. Doch nicht nur Schüler sondern auch Lehrer tun dies und werden dies auch weiterhin tun.

Den Zukunftskiller in olivgrün gemeinsam zu stoppen – das ist unser Ziel. Unsere Forderungen können daher nur lauten:

Beendigung der Kriegseinsätze von BW und NATO

- Streichung der Rüstungsausgaben – mehr Geld für Bildung und Soziales
- Die Rücknahme der Kooperationsvereinbarung zwischen Bildungsministerien und Bundeswehr und
- Damit Bundeswehr raus aus Schulen und Arbeitsagenturen

An dieser Stelle noch einen kurzen Gruß an den Bezirksjugendoffizier Südbayerns und Augsburg Herrn Martin Schröter. Wir fordern Sie auf, halten sie sich und ihres Gleichen von unseren Schulen und Universitäten fern und hören Sie auf uns mit ihrer kriegsbefürwortenden Propaganda zu beeinflussen.

Fabian Linder (SDAJ Augsburg)